



BUNDESAMT FÜR AUSLÄNDERFRAGEN
OFFICE FÉDÉRAL DES ÉTRANGERS
UFFICIO FEDERALE DEGLI STRANIERI

| | | | | | | | |
|---------------|--------------|--------|----|--------|--|--|----------------|
| an | RF | LC | LO | JF | | | dodis.ch/58697 |
| Datum | | 17.10. | | 17.10. | | | |
| Visa | ✓ | ✓ | Lo | 2 | | | |
| 17. OKT. 1991 | | | | | | | |
| Ref. | 231 021 u.w. | | | | | | |

S 104-078.01 Eu/bb
S 515.92

3003 Bern, 1. Oktober 1991

A k t e n n o t i z

Gespräche von Bundesrat Arnold Koller mit dem österreichischen Bundesminister für Inneres, Franz Löschnak, vom 25. September 1991 in Bern

Themen und Teilnehmerliste vgl. Beilagen

Teil 1

1 Die Schweiz und Oesterreich angesichts von Schengen und TREVI

Bundesrat Koller verweist einleitend auf den Zwischenbericht der Expertenkommission "Grenzpolizeiliche Personenkontrollen" vom 21. Juni 1991. Die EG-Mitgliedstaaten haben neuartige sicherheitspolizeiliche Institutionen geschaffen oder sind daran, welche zu entwickeln. Dadurch laufen insbesondere die Schweiz und Oesterreich im Zentrum von Europa Gefahr, in der Sicherheits- und Migrationspolitik isoliert zu werden. Ein Sicherheitsdefizit würde sich für beide Staaten negativ auswirken und dürfte wohl ebenfalls nicht im Interesse der Nachbarstaaten liegen. Die Schweiz will nicht zu einer sicherheitspolizeilichen Insel in Europa werden.

Die Frage des Zustandekommens des EWR-Vertrags oder eines EG-Beitrittsgesuchs - auch diese Option wird zurzeit mit Priorität geprüft - befindet sich zur Stunde im Stadium der politischen Spekulationen. Deshalb fehlen auch die Voraussetzungen, um dem Schengener Uebereinkommen

vom 19. Juni 1990 beitreten zu können. Demzufolge stellt sich die Frage, welche, allenfalls gemeinsamen, Uebergangsmassnahmen ins Auge zu fassen sind, um die negativen Auswirkungen des Schengener Uebereinkommens auf die beiden Staaten aufzufangen. Die Zusammenkunft des Wiener Klubs vom 30. Oktober 1991 in Berlin bietet eine gute Gelegenheit, um die gemeinsamen Positionen vorzutragen.

Minister Löschnak teilt die schweizerischen Sicherheitsbedenken im Hinblick auf Schengen. Die Ressourcen von Interpol genügen den heutigen Anforderungen nicht mehr. Das Schengener Uebereinkommen ist in weiten Teilen zu begrüssen. Insbesondere finden ein ausgebauter Datenaustausch und die Schaffung eines europäischen Kriminalamtes Zustimmung angesichts der zunehmenden Internationalität der Kriminalität. Neben dem Terrorismus und den Drogen- und Waffendelikten verdienen auch die immer zahlreichen Kunst- und Fahrzeugdiebstähle eine intensivere internationale Verfolgung.

Bei der Lageanalyse gelte es für Oesterreich, zwei Hauptaspekte zu beachten: Die Ausländerfeindlichkeit und das Asylproblem. Die Oeffnung des Ostens habe bewirkt, dass das Volk auf die Ausländerprobleme zunehmend emotionell reagiert und Mühe bekundet, an sich rationale Massnahmen zu verstehen. Ein Beitritt zum Schengener Uebereinkommen kommt gegenwärtig aus innenpolitischen Gründen nicht in Betracht. Er hätte zur Folge, dass Oesterreich an der Ostgrenze die Bewachungsaufgaben tragen müsste und als Erstasylland zusätzlichen Belastungen ausgesetzt wäre. Nach einem EG-Beitritt (bei optimistischer Einschätzung nicht vor 1995) wird sich Oesterreich selbstverständlich diesen Verpflichtungen nicht entziehen. Man werde jedoch alles daran setzen, um möglichst lange Uebergangsfristen sowie einen finanziellen Ausgleich zu erwirken.

Nationalrat Leuba: Wegen der Verstärkung der Aussengrenzen der EG-Staaten muss insbesondere eine Beeinträchtigung des kleinen Grenzverkehrs befürchtet werden. Neue Risiken könnten sich durch den Abbau der Binnengrenzen in den Schengener Staaten ergeben.

Für Bundesrat Koller verbinden sich mit der Behandlung der Schweiz als Drittstaat unannehmbare Konsequenzen. Darin müsste ein grosser Rückschritt hinsichtlich der integrationspolitischen Bemühungen erblickt werden.

Beide Seiten stimmen in ihrer Beurteilung darin überein, dass unter den gegebenen Umständen vorderhand ein Beitritt zum Schengener Uebereinkommen (EG seitig) weder möglich noch andererseits (aus innenpolitischen Gründen) opportun ist. Im Vordergrund stehen deshalb punktuelle und pragmatische Zusammenarbeitsformen mit dem Ziel, zumindest den derzeitigen status quo nicht zu verschlimmern.

In inhaltlicher Hinsicht wird eine schweizerisch-österreichische Expertengruppe beauftragt, ein gemeinsames Positionspapier auszuarbeiten. Beide Seiten werden bis am 18. Oktober 1991 ihre Vorstellungen intern festlegen. Die Gruppe, bestehend aus je etwa 3 Experten, soll alsdann in der 43. Woche in Wien dieses Papier bereinigen.

Formell stellt sich die Frage des optimalen Vorgehens. Beide Seiten sind sich einig, dass sowohl die Zusammenkunft des Wiener Klubs vom 30. Oktober 1991 wie auch die nächste TREVI-Konferenz, die für Ende Jahr geplant ist, dazu benützt werden sollen, um die gemeinsamen Anliegen vorzutragen. Ob der Haupteffort der gemeinsamen Initiativen auf die Schengener Staaten oder - was Oesterreich prima vista vorziehen würde - auf TREVI (d.h. alle Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften) zu legen ist, soll nach dem Berliner Treffen entschieden werden. Beide Seiten einigen sich, am 30. Oktober 1991 am Rande

der Konferenz zunächst der italienischen Schengen-Präsidentschaft das gemeinsame Positionspapier angesichts des Schengener Durchführungsübereinkommens zu eröffnen. Die notwendigen organisatorischen Vorkehren im Hinblick auf das Zustandekommen dieses Gesprächs werden von den beiden Generalsekretariaten im gegenseitigen Einvernehmen an die Hand genommen.

Beide Seiten beurteilen die gegenwärtige Art und Weise der Unterrichtung durch die Troika als wenig befriedigend, weshalb ein effizienterer Zusammenarbeitsmodus mit TREVI anzustreben sei. So sollte versucht werden, wenigstens die Beratungsergebnisse offiziell erhältlich zu machen. Ausserdem wäre es wünschbar, wenn bei TREVI auch die "Zugewandten" Anträge einbringen könnten, selbst wenn sie von den Beratungen ausgeschlossen bleiben. Schweden und Norwegen sollten für eine solche Initiative gegenüber TREVI gewonnen werden. Angesichts unterschiedlicher Interessen dürfte es schwierig sein, auch die übrigen Beobachterstaaten (Kanada, Marokko, und USA) für einen gemeinsamen Vorstoss zu motivieren.

2 Jugoslawien

Bundesrat Koller orientiert über die Massnahmen, die der Bundesrat am 23. September 1991 angesichts der Lage in Jugoslawien und der jugoslawischen Staatsangehörigen in der Schweiz getroffen hat.

Gemäss Minister Löschnak befinden sich die jugoslawischen Asylbewerber zurzeit an zweiter Stelle in der österreichischen Asylstatistik, hinter den Rumänen. Es besteht kein Anlass, die Lage zu dramatisieren. Für den Notfall stehen Auffangsmöglichkeiten von 14'000 Plätzen bereit.

Bei den Gastarbeitern stellen die Jugoslawen vor den Türken das grösste Kontingent. In Oesterreich wurde vor einiger Zeit ein grösserer Zuzug von Familienangehörigen aus Slowenien festgestellt. Diese hätten jedoch das Land nach Ablauf der gesetzlich erlaubten Anwesenheitsdauer wieder verlassen. Heute wird ein Zulauf von kroatischen Verwandten und Bekannten verzeichnet, die jedoch alle privat untergebracht werden. Die österreichischen Behörden sehen sich keinen Druckversuchen karitativer Organisationen ausgesetzt, die eine Aufnahme dieser Personen verlangen. Als vorläufige einzige Massnahme hat Oesterreich vor drei Wochen den privaten Fürsorgeinstitutionen eine finanzielle Hilfe zugesichert. Auf diese Weise soll missbräuchlichen Asylgesuchen entgegengewirkt werden. Von einer zwangsweisen Wegweisung werde, je nach Lage, abgesehen.

Eine Visumeinführung steht gegenwärtig nicht zur Diskussion. Eine solche Massnahme wird vorläufig als unzweckmässig und politisch inopportun angesehen.

In der Anerkennungsfrage - vordergründig geht es um die Anerkennung von Slowenien und Kroatien - orientieren sich beide Seiten an der Haltung der übrigen westeuropäischen Staaten.

Unterbruch der Sitzung 12.30 Uhr.

BUNDESAMT FÜR AUSLAENDERFRAGEN
Chef Rechtsdienst und Direktionssekretariat

Robert Eugster



Kopie z.K. an:

- Herrn Bundesrat Arnold Koller
- Herrn Nationalrat Jean-François Leuba
- Herrn Botschafter Rudolf Weiersmüller
- Herrn Direktor Peter Arbenz
- Herrn Gottfried Zürcher
- Herrn Dr. Jörg Kistler
- Herrn Dr. Bernhard Ehrenzeller


(mit den Gesprächsunterlagen):

- Herrn Direktor Alexandre Hunziker
- Herrn Direktor Peter Hess
- Herrn Bundesanwalt Willy Padrutt
- Herrn Oberzolldirektor Hans Lauri
- Mitglieder der EGPK



Übermittlungszettel - Feuille de transmission - Foglio di trasmissione

an
à
aHerrn Botschafter François Pictet
Wien

| | | | | | | | | | | | | |
|--|---|--|--|--|-------|-----------------------------------|-------|---|-------|---------------------------|-------|-------|
| <input checked="" type="checkbox"/> zur Kenntnis pour information per informazione | <input type="checkbox"/> zur Erledigung pour règlement per il disbrigo | <input type="checkbox"/> zur Genehmigung pour approbation per approvazione | | | | | | | | | | |
| <input type="checkbox"/> zu Ihren Akten pour vos dossiers per il vostro incarto | <input type="checkbox"/> zur Stellungnahme pour avis per il parere | <table border="1"> <tr> <td>Anzahl je Vorlage Quantité par modèle Quantità per modello</td> <td></td> </tr> <tr> <td>.....</td> <td>Helios hélicopies eliocopie</td> </tr> <tr> <td>.....</td> <td>Abzüge polycopies copie poligrafate</td> </tr> <tr> <td>.....</td> <td>Kopien copies copie</td> </tr> <tr> <td>.....</td> <td>.....</td> </tr> </table> | Anzahl je Vorlage Quantité par modèle Quantità per modello | | | Helios hélicopies eliocopie | | Abzüge polycopies copie poligrafate | | Kopien copies copie | | |
| Anzahl je Vorlage Quantité par modèle Quantità per modello | | | | | | | | | | | | |
| | Helios hélicopies eliocopie | | | | | | | | | | | |
| | Abzüge polycopies copie poligrafate | | | | | | | | | | | |
| | Kopien copies copie | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | |
| <input type="checkbox"/> auf Ihren Wunsch selon votre demande a vostra richiesta | <input type="checkbox"/> bitte besprechen entretien s. v. p. conferire p. f. | | | | | | | | | | | |
| <input checked="" type="checkbox"/> gemäss Besprechung suivant l'accord. come inteso | <input type="checkbox"/> zur Unterschrift/Visum pour la signature/visa per la firma/visto | | | | | | | | | | | |
| <input type="checkbox"/> bitte zurückgeben à nous renvoyer s. v. p. da ritornare p. f. | <input type="checkbox"/> bitte Vorakten présenter les documents documentazione p. f. | | | | | | | | | | | |
| <input type="checkbox"/> mit Dank zurück en retour di ritorno | <input type="checkbox"/> bitte anrufen téléphoner s.v.p. telefonare p. f.  | | | | | | | | | | | |

weiterleiten an
transmettre à
trasmettere a

Bemerkungen - Remarques - Osservazioni

DEPARTEMENT FEDERAL DES
AFFAIRES ETRANGERES
Le Coordinateur en matière de
politique internationale des réfugiés

Datum - Date - Data

Absender - Expéditeur - Mittente

14. 10. 81

R. Weissner

 bitte wenden
tourner s.v.p.
voltare p. f.